



Freitag, 28. Februar 1975

Blatt 489

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:
(rosa)

OEAMTC kritisiert sich selbst
Wiener Landtag
Wiener Gemeinderat

Lokal:
(orange)

Die Verkehrsmaßnahmen in der kommenden Woche:
Beginn am Lüftungsbauwerk

Kultur:
(gelb)

Druckschriftensammlung der Stadtbibliothek
teilweise geschlossen
Noch Restkarten für nächstes Schubertaus-
konzert

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

oeamtc kritisiert sich selbst

3 wien, 28.2. (rk) in einer donnerstag veroeffentlichten stellungnahme kritisiert der oeamtc die form des abschleppens in wien - und damit sich selbst, denn vor beginn der abschleppaktion hatten die zustaendigen stellen des magistrates unter anderen auch vertreter des oeamtc eingeladen, zu der geplanten form des abschleppens stellung zu nehmen. ein vom oeamtc entsandter vertreter begruesste vollinhaltlich die geplante durchfuehrung des abschleppens und erklaerte sich auch mit den einzelheiten der aktion einverstanden.

vor beginn der aktion hatte der oeamtc mehrmals in seinem pressedienst den beginn der abschleppaktion urgiert und die stadtverwaltung wegen der vorbereitungszeit, die der kraftfahrerorganisation als zu lang erschien, kritisiert.

der oeamtc findet nun auf einmal, dass die abschleppkosten zu hoch und die auswahlkriterien der mit der aktion betrauten firmen dubios seien.

dazu stellt stadtrat peter s c h i e d e r fest: die kosten wurden genau kalkuliert, von den bewohnern wiens koenne nicht verlangt werden, einen sozialtarif fuer undisziplinierte autofahrer mitzufinanzieren. die auswahlkriterien sind einwandfrei: im interesse der stadt und seiner bewohner wurden jene firmen mit der durchfuehrung des abschleppens beauftragt, die sich bereit-erklart hatten, im notfall ihre fahrzeuge auch fuer die schnee-raeumung zur verfuegung zu stellen. billigere offerte seien mit dem verlangen nach einer mindestgarantie an abzuschleppenden fahrzeugen gekoppelt gewesen.

die stadtverwaltung habe sich jedoch ausserstande gesehen, eine taeglich "stueckzahl" abzuschleppender autos zu garantieren, da eine solche garantie sich nicht an den erfordernissen orientiere, sondern der willkuer tuer und tor oeffne.

ab kommenden montag wird uebrigens die abschleppaktion verstaerkt: vier weitere kranwagen stehen zur verfuegung. (rp)

L o k a l :

=====

die verkehrsmassnahmen in der kommenden woche:
beginn am lueftungsbauwerk

1 wien, 28.2. (rk) am montag kommender woche beginnen die arbeiten fuer das lueftungsbauwerk samt notausstieg der u-bahn am neuen markt. die folgen davon: der suedliche teil des platzes, also zwischen dem donnerbrunnen und der marco d'aviano-gasse wird von den bauarbeiten zug um zug in anspruch genommen. die zufahrt zu der hochgarage wird durch eine eigene fahrspur aus der fuehrichgasse durch die tegetthoffstrasse gewaehrleistet. der neue markt wird selbstverstaendlich auch weiterhin, ebenfalls durch die tegetthoffstrasse, erreichbar bleiben. wie bisher ist die abfahrt durch die plankengasse. die touristenautobusse werden waehrend der reisesaison in der gluckgasse abgestellt werden koennen. (gt)

0922

k u l t u r :

=====

druckschriftensammlung der stadtbibliothek teilweise geschlossen

2 wien, 28.2. (rk) aus organisatorischen gruenden wird der lese-
saal der druckschriftensammlung der wiener stadtbilbiothek am
montag, dem 10. maerz, erst ab 13 uhr geoeffnet sein. (may)
0923

noch restkarten fuer naechstes schuberthauskonzert

5 wien, 28.2. (rk) fuer den klavierabend zu vier haenden am
5. maerz im wiener schuberthaus sind noch einige restkarten
erhaeltlich. das programm des abends werden rosario marciano und
hans dieter bauer bestreiten. karten sind im kartenbuero des
oesterreichischen verkehrsbueros (kaerntner strasse) und in den
kartenbueros erhaeltlich. (may)
1215

Kommunal:

Wiener Landtag

=====

Wien, 28.2. (RK) Am Beginn der Sitzung gedachte Freitag der Wiener Landtag unter dem Vorsitz seines Zweiten Präsidenten Otto Schweda in einer Trauerkundgebung des am 2. Februar verstorbenen ehemaligen Landeshauptmann-Stellvertreters Karl Lakowitsch.

Im Anschluß daran wurden vom Wiener Landtag drei Gesetzesvorlagen behandelt. Als Berichterstatter referierte Amtsführender Stadtrat Kurt Heller (SPÖ) zunächst über die Vorlage des Gesetzes, mit dem der Bundespolizeidirektion Wien die Durchführung von Verwaltungsstrafverfahren wegen Übertretung ortspolizeilicher Verordnungen auf dem Gebiet der Sittlichkeitspolizei übertragen wird. Die wichtigsten Bestimmungen einer gleichzeitig vorbereiteten Verordnung: Die Ausübung der Prostitution ist Minderjährigen, aber auch verheirateten Frauen verboten. Die Ausübung der Prostitution muß vorher angemeldet werden und darf nicht in der Wohnung der Prostituierten ausgeübt werden. Darüber hinaus sieht die Verordnung auch verschiedene zeitliche und örtliche Beschränkungen vor, zum Schutz der Öffentlichkeit vor Belästigungen.

Zweiter Tagesordnungspunkt war die Novellierung des Tierzuchtförderungsgesetzes. Damit kommt es zu einer wesentlichen Neuregelung und Kontrolle der Tierzuchtbestimmungen in Wien. Unter anderem wird damit für die Wiener Landwirtschaftskammer auch die Verpflichtung zur Haltung des sogenannten "Gemeindestieres" fallen.

Die Novellierung des Wiener Landarbeitsordnungsgesetzes schließlich betrifft im wesentlichen Änderungen des Mutterschutzes, der Tätigkeit der Land- und Forstwirtschaftsinspektion und der Strafbestimmungen. So werden durch die vorliegende Novelle für werdende Mütter die derzeit geltenden Mutterschutzbestimmungen jenen im Bereich von Handel, Gewerbe und Industrie angepaßt.

Sämtliche Gesetzesvorlagen wurden ohne Debatte einstimmig angenommen (zi).

(Ende des Sitzungsberichtes)

Kommunal:

Wiener Gemeinderat

=====

Wien, 28.2. (RK) Im Anschluß an den Landtag trat der Wiener Gemeinderat zusammen. Es lagen drei Anfragen der FPÖ und zwei Anfragen von der ÖVP vor. Die Anträge: Von der ÖVP betreffend Zuwendung für Polizeibedienstete, die im Land Wien in der Verkehrserziehung tätig sind und betreffend eine Generalsäuberungsaktion sämtlicher öffentlicher Straßen und Verkehrsflächen. Von der FPÖ ein Antrag betreffend eine versuchsweise Altpapiersammlung.

Subvention für Wiener Großbühnen

Als ersten Tagesordnungspunkt referierte GR. Wiesinger (SPÖ) über eine Subvention von 84,003.500 Schilling für die Wiener Großbühnen (Volkstheater, Theater in der Josefstadt mit seinen drei Bühnen, Raimundtheater und Theater an der Wien).

In der Debatte wies GR. Herbert Mayr (SPÖ) darauf hin, daß die Wiener Privatbühnen in Bezug auf ihre Einspielergebnisse wesentlich günstiger situiert sind als die vergleichbaren Bühnen in Österreich und im übrigen deutschsprachigen Raum. Während in der Bundesrepublik Deutschland die triste finanzielle Situation der Bühnen sogar schon zur Schließung einiger Häuser geführt habe und die Einspielergebnisse der Bühnen in den anderen Bundesländern zwischen 11 und 46 Prozent liegen, konnten die vier genannten Wiener Theater im Jahr 1973 zwischen 31 und 60 Prozent ihrer Ausgaben selbst einspielen. Die auf Initiative von Vizebürgermeisterin und Kulturstadträtin Gertrude Fröhlich-Sandner seit kurzem durchgeführten Koordinationsgespräche zwischen den Leitungen der Wiener Privatbühnen, der Bundestheater und der öffentlichen Subventionsgeber könnten hier noch eine weitere Verbesserung erreichen.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Kleinbühnensubventionen werden erhöht

Als nächsten Tagesordnungspunkt beantragt GR Herbert Mayr (SPÖ) referierend über eine Subvention in der Höhe von 4,39 Millionen S für die 3 Wiener Mittelbühnen "Wiener Kammeroper", "Die Komödianten im Künstlerhaus", Vienna's English Theatre" und an den Kunstverein Wien.

GR Blauensteiner (ÖVP) kritisierte, daß 2,25 Millionen allein an die Komödianten im Künstlerhaus gehen sollen, während die beiden anderen Mittelbühnen nur je eine Million S erhalten. Er wies auch darauf hin, daß unter Punkt 3 der heutigen Tagesordnung den Wiener Kleinbühnen eine Subvention von insgesamt 1,2 Millionen S gewährt werden solle und stellte namens seiner Fraktion den Antrag, die Subvention für die Komödianten im Künstlerhaus um eine Million S zu kürzen. Um diesen Betrag sollte die Subvention für die anderen Wiener Kleinbühnen erhöht werden.

GR Dr. Müller (SPÖ) wies darauf hin, daß eine Umschichtung von Theatersubventionen natürlich jederzeit diskutiert werden könne, daß aber für die verhältnismäßig höhere Subvention an die Komödianten im Künstlerhaus zwingende Gründe vorlägen. Wenn sich der Wiener Gemeinderat dazu entschlossen habe, durch die Bereitstellung von vier Millionen S den Umbau des französischen Saales des Wiener Künstlerhauses zu Wiens einziger multifunktionaler Raumbühne zu ermöglichen, dann sei die Subvention an die Gruppe, der durch die Bespielung dieses größeren Hauses erhöhte Kosten erwachsen, nur die logische Fortsetzung. Im übrigen könne er namens der Vizebürgermeisterin Fröhlich-Sandner mitteilen, daß die Subventionen für die Wiener Kleinbühnen demnächst erhöht werden.

Abstimmung: Der Antrag der ÖVP wurde mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ abgelehnt. Die Subventionen für die Wiener Kammeroper, das English Theatre und den Wiener Kunstverein wurden einstimmig, die Subvention für die Komödianten im Künstlerhaus mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ angenommen. (may)

Subvention für Wiener Jugendkreis

GR Gawlik (SPÖ) referierte den Antrag, dem Verein Wiener Jugendkreis 1975 eine Subvention von 10,060.000 S zur Verfügung zu stellen. Als einziger Debattenredner wies GR Ascherl (SPÖ) auf

die vielfältigen Initiativen dieses Vereines und des Landesjugendreferats hin, die 1974 von der Veranstaltung von Redewettbewerben, dem Ferienspiel, der schulfreien Woche, einem Schultheaterfestival über Jungbürgerfeiern, der Fahrt zum Spiel, einem Volkstanzfest, der Veranstaltung einer Fülle von Kursen bis zur Einrichtung des 1. Wiener Jugendkaffees und einer Jugendleiterschule sowie der Verwaltung der Wiener Jugendzentren reicht. Von besonderer Bedeutung erweist sich die Langzeitwirkung der verschiedensten Aktionen. Der Jugend werden wertvolle Impulse zur aktiven und schöpferischen Freizeitgestaltung gegeben. So ist zum Beispiel nach Abschluß des vorjährigen Ferienspiels ein beachtlicher Besucheranstieg in den städtischen Büchereien und in den Museen festzustellen gewesen. Der Bericht für 1974 zeigt überdies die Bedeutung der Jugendzentren für die außerschulische Erziehung, durch die die sportlichen und musischen Fähigkeiten gefördert werden. Da die Jugendzentren allen Jugendlichen, ungeachtet konfessioneller oder weltanschaulicher Bindungen, offenstehen, bringen sie eine wichtige Erziehung zur praktischen Demokratie. Die Jugendleiterschule hat sich bestens bewährt. Erzieher und Jugendleiter der verschiedensten Berufe und Altersgruppen, vom 16jährigen Lehrling bis zum 28jährigen Hochschulabsolventen, besuchten die Lehrgänge, die von Jugendorganisationen aller Richtungen geschickt werden. Die Subvention ist daher ein gut angelegtes Geld zur Förderung der Initiativen zur Jugenderziehung.

Abstimmung: Einstimmig angenommen. (smo)

Parkgebühren und Garagenförderung

GR Mayrhofer (SPÖ) referierte drei Anträge: für die Einführung von Parkgebühren in Kurzparkzonen für mehrspurige Fahrzeuge, die Versendung einer Information und je drei Parkscheinen an alle Wiener Autofahrer und für eine Aktion zur Förderung der Errichtung gewerblicher Garagen in Wien.

GR Hirnschall (FPÖ) lehnte die Einführung von Parkgebühren im Namen seiner Partei ab. Er wiederholte die schon bei der Debatte über das Parkometergesetz vorgebrachten Argumente: auf die Wohnbevölkerung werde keine Rücksicht genommen. Die Gebührenpflicht sei eine Schikane für die Bevölkerung und werde die Entvölkerung der Innenstadt weiter beschleunigen. Hirnschall brachte

einen Abänderungsantrag ein, für den Garagenbau sämtliche dem Land Wien zufließende Strafgebühren - insgesamt rund hundert Millionen S - zu verwenden. Die Einführung von Gebühren erübrige sich nach diesem Vorschlag, für den Garagenbau würden dreimal mehr Mittel zur Verfügung stehen.

Stadtrat Neusser (ÖVP) distanzierte sich im Namen der Wiener ÖVP von einer Meldung im Niederösterreichischen Volksblatt, in der Bürgermeister Gratz und Mitglieder des Finanzausschusses angegriffen wurden. Er sprach im Namen seiner Partei sein Bedauern über diese diskriminierenden Formulierungen aus.

Parkometergebühren bezeichnete Neusser als unsozial. Die Gebühr sei ein Griff in die Taschen der Wiener und nach der Ansicht seiner Partei nicht notwendig. Der Information aller Wiener Autofahrer über die neue Situation stimmte Neusser zu. Zur Garagenförderung zitierte der ÖVP-Stadtrat eine Reihe von ÖVP-Anträgen der vergangenen Jahre. Mit großer Verzögerung werde nun endlich von der Rathausmehrheit in Angriff genommen, was die ÖVP seit nunmehr zehn Jahren unablässig gefordert habe. Neusser legte einen Abänderungsantrag vor, dessen wichtigster Punkt auch die Förderung von Hochgaragen vorsieht. Da nach Schätzungen für die Garagenförderung rund 30 Millionen S zur Verfügung stehen und dies - wie Stadtrat Neusser meinte - nicht einmal ein Promille des Budgets und daher ein Trinkgeld sei, könne die Förderung ohne weiteres auch aus dem normalen Budget erfolgen.

Wortmeldung des Bürgermeisters

Bürgermeister Leopold Gratz meldete sich außerhalb der Geschäftsordnung zu Wort und dankte Stadtrat Neusser für die Erklärung im Namen seiner Partei und im eigenen Namen. Auch bei härtester politischer Auseinandersetzung sei ihm um den demokratischen Geist in diesem Haus nicht bang, solange politische Funktionäre so wie Stadtrat Neusser reagierten. (rp)

GR Ing. Hofstetter (SPÖ) betonte, daß die Einführung der Parkometergebühr keine fiskalische Maßnahme sei. Man gehe damit einen Weg, Parkraum zu schaffen, wie er bereits in zahlreichen anderen Großstädten üblich ist. Die "wienerische Art" der Einhebung - mittels Parkscheinen ohne Verwendung von mechanischen

Hilfsmitteln - bezeichnete der Redner vom städtebaulichen Standpunkt aus als günstiger.

Der Vorwurf, die Parkgebühren würden die wirtschaftlich Schwächsten treffen, sei nicht stichhaltig. Wer in der Lage ist, ein Fahrzeug zu halten, könne nicht als wirtschaftlich Schwächster bezeichnet werden. In die Betriebskosten müßten nun eben auch die Kosten für den ruhenden Verkehr einkalkuliert werden.

Die Aktion zur Förderung gewerblicher Garagen bezeichnete GR Ing. Hofstetter als ersten Schritt. Sollte es sich als notwendig erweisen, die Förderungsbeträge zu erhöhen, dann müßten sie erhöht werden. Immerhin würden durch die Förderungsmaßnahmen 2.000 neue Parkplätze pro Jahr geschaffen werden, das sind 50 Prozent des derzeit in Tiefgaragen bestehenden Platzangebots.

In seinem Schlußwort sprach sich Berichterstatter GR Mayrhofer (SPÖ) ablehnend gegen die Abänderungsanträge aus, den Garagenbau durch Einnahmen aus den Verwaltungsstrafen zu finanzieren, und die Förderung auch auf Hochgaragen auszudehnen.

Abstimmung: Parkometerverordnung mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Die unentgeltliche Übersendung von Parkscheinen sowie die Aktion zur Garagenförderung wurde mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. (we)

Flächenwidmungen

GR. Holubarz (SPÖ) beantragte eine Änderung der Flächenwidmung in Ober-St. Veit. GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) wandte sich gegen die Bestimmung, daß beiderseits der Verbindungsbahn Balkone und Erker zu den Vorgärten untersagt sind. Er sprach die Vermutung aus, daß dies im Hinblick auf einen Bundesstraßenbau in diesem Gebiet festgelegt worden sei.

Abstimmung: Von SPÖ und ÖVP genehmigt.

GR. Holubarz (SPÖ) beantragte auch eine Änderung der Flächenwidmung in Siebenhirten. Die Ketzergasse soll durch eine Umfahrung des Ortskerns von Siebenhirten entlastet werden. Außerdem seien eine Ausdehnung der als Wald- und Wiesengürtel geschützten Flächen, die Sicherung und der Ausbau des Friedhofs, die Abrundung der Wohngebiete, ein Bauplatz für einen Kindergarten und Flächen für Kleingärten vorgesehen.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) und GR. Dr. Peter Mayr (ÖVP) kritisierten, daß die geplante Umfahrungsstraße nahe an bisher ruhigen Wohnbauten vorbeiführe, und daß keine ausreichende Trennung von

Betrieben und Wohngebieten vorgesehen sei. GR Haberl (SPÖ) erklärte, daß die Umfahrungsstraße genügend weit von den Wohnbauten entfernt und abgeschirmt sein werde.

Abstimmung: Von der SPÖ beschlossen. (sti)

45 Millionen für die AKH-Planung

Für die Durchführung der für das Jahr 1975 vorgesehenen Planungsarbeiten für den Neubau des AKH sowie die Anschaffung von Kanzleimaterial, Telefonspesen und Mehrleistungsaufwendungen der Bauleitungsorgane beantragte GR Dr. Zeman (SPÖ) 45 Millionen S, von denen 50 Prozent oder 22,5 Millionen S von der Stadt Wien getragen werden. Als Debattenredner betonte GR Krenn (FPÖ), daß seine Fraktion diesem Antrag nur zustimmen werde, wenn eine nähere Aufschlüsselung erfolge. Dies sei angesichts der in der Öffentlichkeit und in Massenmedien immer wieder auftauchenden Gerüchte über Fehlplanungen unumgänglich. Weiters brachte er namens seiner Fraktion an Finanzstadtrat Mayr (SPÖ) die Anfrage ein, wann mit der Fertigstellung des Baues zu rechnen sei und wie hoch die Gesamtkosten voraussichtlich sein werden. In seinem Schlußwort gab der Berichterstatter aus einer dem Antragsakt beiliegenden Kostenaufstellung die genauen Detailsummen bekannt.

Abstimmung: Die Anfrage wurde geschäftsordnungsmäßig an den zuständigen Stadtrat weitergeleitet, der Antrag einstimmig angenommen.

Grundsätzliche Wirtschaftsdebatte

Stadtrat Mayr (SPÖ) beantragte als Berichterstatter die Genehmigung für die Aufnahme einer Anleihe von maximal 1,5 Milliarden S zu den bestmöglichen Konditionen für die Wiener Stadtwerke. Der Berichterstatter bemerkte dazu, daß mit diesen Mitteln unter anderem ein 370 Megawatt Blockkraftwerk der E-Werke, der Ausbau und die Erneuerung des Verteilernetzes der Gaswerke sowie Gleis-erneuerungsarbeiten, der Umbau von Straßenbahnwaggons und der Ankauf von Fahrzeugen der Verkehrsbetriebe finanziert werden sollen.

./.

Als Debattenredner ging GR. Dkfm. Ammann (ÖVP) auf die Schwierigkeiten der Stadtwerke in finanzieller Hinsicht ein. Er kritisierte die Haltung von Bürgermeister Leopold Gratz als oberster Chef der Wiener Stadtwerke und warf ihm Jonglieren mit Zahlen gegenüber der Presse, Bagatellisierung und die Erfindung von Gags als Ablenkungsmanöver vor. Weiters bezweifelte der Redner, ob die nötigen 1,5 Milliarden S wirklich kurzfristig und zu optimalen Bedingungen aufzutreiben seien. Er bezichtigte die Wiener Stadtverwaltung eines negativen Verkehrsbewußtseins. So habe er gehört, daß die vom Bund vorgesehenen Mittel für die Elektrifizierung der Vorortelinie nun für andere Projekte verwendet werden sollen, weil die Stadt Wien die Verhandlungen zu spät aufgenommen habe.

Der Redner kritisierte weiters, daß das Budget der Stadtwerke bereits jetzt durch einen zu hohen Anteil der Rückzahlungsbelastungen charakterisiert sei und stellte namens seiner Partei einen Resolutionsantrag, nach dem der Zinsendienst für die aufzunehmende Anleihe von der Hoheitsverwaltung übernommen werden soll. Dies solle auch für die noch auflaufenden Zinsen aus bereits früher getätigten Anleihen geschehen.

Als nächster Redner kritisierte GR. Suttner (SPÖ), daß dem Antrag der Oppositionspartei nicht einmal ein Hinweis auf die Bedeckung beiliege. Dieses Fehlen eines realistischen Hintergrundes für die Anträge habe sich schon bei den Umschichtungsanträgen der ÖVP zum Budgetvoranschlag 1975 gezeigt. Eine Durchführung dieser Umschichtungsanträge hätte gerade in der jetzigen Situation den Dolchstoß für die Wiener Bauwirtschaft und die Wiener Wirtschaft im allgemeinen bedeutet.

Eingehend auf den Vorwurf des gestörten Verhältnisses zum Nahverkehr wies GR. Suttner darauf hin, daß die Kooperation mit dem Bund zu einer Zeit, als Waldbrunner zuständiger Ressortminister war, zum Beginn der Errichtung des S-Bahn-Netzes geführt habe und daß der Grundstein für den Verkehrsverbund wieder zusammen mit einer SPÖ-Regierung gelegt worden sei. Hingegen habe es zu einer Zeit, als im Bund die ÖVP die alleinige Regierungsverantwortung hatte, sogar bei der Errichtung von zwei Stationen Schwierigkeiten gegeben.

Als nächster Debattenredner wies GR. Hahn (ÖVP) auf den Umstand hin, daß einerseits 560 Millionen Schilling aus den gemeinsamen Ertragsanteilen von Bund und Ländern gesperrt seien und daher

vom Finanzminister nicht ausgezahlt werden müssen und andererseits die Stadt Wien nun über das Konjunkturausgleichsbudget 600 Millionen Schilling flüssigmache. (may)

Die finanzielle Situation des Bundes, fuhr Hahn fort, sei nämlich überaus angespannt. So habe ein Großbetrieb, der bei der UNO-City beschäftigt sei, zum Jahresende noch 80 Millionen Schilling vom Bund nicht bekommen, und es bestand Gefahr, daß die Arbeiter nicht mehr ausbezahlt werden können. Erst nach massiver Intervention des Betriebsrates habe Androsch das Geld angewiesen.

Seine Partei habe der zweiten Wettbewerbsstufe Donauraum Wien nur deshalb zugestimmt, erklärte Hahn, weil eine gemeinsame Beratung des gesamten Komplexes in der Planungskommission vorgesehen worden sei. Die Jury aber könne keineswegs entscheiden, ob ein Projekt, das seine Fraktion als das billigste ansehe, einfach ausgeschieden werde und erst nachher zur Beurteilung eben dieses Projektes ein Wasserbaufachmann bestellt werde. Was schließlich die wirtschaftliche Gesamtsituation angehe, so hätten vor rund eineinhalb Jahren bereits die Steyr-Werke aus Graz bei Sozialminister Häuser wegen der absehbaren Absatzkrise bei Fahrrädern um Gelder aus der produktiven Arbeitslosenfürsorge angesucht, seien aber abgewiesen worden. Unter der ÖVP-Regierung jedenfalls habe es eine stabile Wirtschaft und Vollbeschäftigung gegeben, weil die ÖVP eben besser wirtschaften könne; schloß Hahn.

Im Schlußwort erklärte Stadtrat Mayr, daß Bürgermeister Gratz und Finanzminister Androsch offensichtlich nur deshalb Ziele der Angriffe der Opposition seien, weil sie eben populär sind. Für diesen Beweis danke er.

Die Situation bei den Stadtwerken könne selbstverständlich nicht verniedlicht werden und es könne keine Diskussion darüber geben, ob Betriebe ohne Kostendeckung arbeiten könnten. Diskutieren könne man lediglich über das Wie, ob die Kosten über die Tarife oder auch zum Teil über die Steuermittel gedeckt werden sollten.

Seiner Meinung nach müßten E- und Gaswerk ihre Kosten einschließlich der Investitionen zur Gänze über die Tarife decken, während bei den Verkehrsbetrieben die Situation eine völlig andere ist. Bei ihnen müßte der Eigentümer wesentliche Kosten abnehmen und auf alle Steuerzahler überwälzen. Ein Ziel könnte es dabei sein, die Verkehrsbetriebe kostenmäßig so weit zu entlasten, daß der Rest durch die Einnahmen aus den Tarifen gedeckt und für bestimmte Kostenfaktoren eine Automatik für Tariferhöhungen festgelegt werde. Es sei dies bloß ein Diskussionsvorschlag, zu dem man weder ja noch nein sagen solle. Die Abnahme dieser Kosten durch die Hoheitsverwaltung sei eben noch ungelöst und auf Sicht auch nicht lösbar, wenn nicht auf der Einnahmenseite Veränderungen vorgenommen würden.

Eine bloße Akzentverschiebung - den Verkehrsbetrieben Geld zu geben und dafür gewisse Aufgaben der Hoheitsverwaltung nicht durchzuführen - sei wohl keine Lösung, betonte Mayr. Dadurch würden auch keine zusätzlichen Arbeitsplätze geschaffen.

Was die Bauwirtschaft angehe, so sei die Situation in Wien derzeit um rund 50 Prozent besser als im Bundesdurchschnitt. Die Sperren, zu denen sich die Landesfinanzreferenten gemeinsam mit dem Finanzminister bereitgefunden hatten, hätten natürlich auch eine automatische Abmachung über die Rückflüsse enthalten. Und was schließlich den Fahrradmarkt angehe, so habe tatsächlich zu Beginn 1974 jeder die drohenden Absatzschwierigkeiten erkannt. Trotzdem habe eine Großbank, die "Mutter" eines der Unternehmen, der Konkurrenz einen ungesicherten Kredit gegeben und nun einen Verlust von rund 50 Millionen S erlitten. In diesem Zusammenhang, könne es natürlich nicht angehen, daß man jahrelang zwar mit Vergnügen das Interesse des Finanzministers dann wahrgenommen habe, wenn es um die Verbesserung der Auftragslage durch den Bund gegangen sei, jetzt auf einmal aber dem Finanzminister ein Mitspracherecht als Eigentümer ankreide. Auch Großbanken müßten eben zur Kenntnis nehmen, daß es die Republik sei, die ihre Eigentümerinteressen wahrnehme und nicht die Geschäftsführung. Abschließend erklärte Mayr, es hätten selbstverständlich Gespräche mit dem Kreditapparat über eine Finanzierung gegeben, doch sei er derzeit nicht bereit, um die Vertrauensbasis zu bewahren, darüber Einzelheiten preiszugeben.

Abstimmung: einstimmig angenommen. (gt)

(Ende des Sitzungsberichtes)